

Harald Müller

# Der Kampf der Kulturen findet nicht statt

HSFK-STANDPUNKTE 5/1998



Hessische  
Stiftung  
Friedens- und  
Konfliktforschung

Nach dem Verlust des Feindes Sowjetunion ist die politische Welt der westlichen Menschen sicherer geworden; kein Krieg bedroht sie, keine nukleare Konfrontation findet vor ihrer Haustür statt. Aber das Leben ist nicht sicherer geworden. Im Gegenteil, vieles ist aus den Fugen geraten - nicht durch das Ende des Ost-West-Konflikts, aber durch dieselben Prozesse, die dieses Ende mit herbeigeführt haben: die wachsende weltweite Verflechtung der Wirtschaft und die Beschleunigung der Handels-, Finanz- und Kommunikationsströme sowie der großen Wanderungsbewegungen. Die Zukunft ist ungewiß und die Sowjets können nicht mehr schuld daran sein.

## **Huntingtons Theorie auf einen Blick**

In dieser Lage verspricht uns Samuel Huntington, ein renommierter Harvard-Wissenschaftler, neue Orientierung: Die Weltgeschichte treibt nach den Ideologien nun die „Kulturen“ gegeneinander - er benutzt den Begriff der „Zivilisation“, die im Angelsächsischen bevorzugte Ausdrucksweise. Sie bilden die Feindgruppen der Gegenwart und der Zukunft.

Am Horizont droht die islamisch-konfuzianische Koalition gegen alles Westliche. Die Weltpolitik soll also laut Huntington durch die wachsende Konfrontation der größten existierenden menschlichen Kollektive auf der Erde geprägt werden: Der Kulturen, die durch historische Nähe, gemeinsame Wertsysteme, Lebensweisen, und Weltbilder geprägt seien. Interessanterweise gruppiert er seine Weltkulturen um Religionen. Er führt die religiöse Fundamentalisierung in vielen Teilen der Welt als Beleg ins Feld. In diesem Lichte unterscheidet er

- die westlich-christliche Kultur Europas, Nordamerikas und Ozeaniens
- die orthodox-christliche Kultur der slawisch-griechischen Welt
- den Islam, der sich im Bogen von Mittelfrika über den Nahen Osten bis nach Zentralasien und Indonesien erstreckt
- die afrikanische Kultur
- die hinduistische Kultur Indiens
- die japanische Kultur
- die konfuzianische Kultur Chinas und seiner ost- und südostasiatischen Peripherie

Huntington ist sich unschlüssig, ob Lateinamerika selbständig ist oder bereits zur westlichen Kultur gehört.

Die meisten dieser Kulturen gruppieren sich um einen Zentralstaat: die USA im Westen, China in der konfuzianischen Kultur, der sich Japan nolens volens anschließen wird, Rußland in der Orthodoxie; in Indien fallen Kulturkreis und Staat zusammen. Afrika und der Islam bleiben ohne zentrale Macht. Allerdings empfiehlt Huntington den Moslems, die Türkei zum Führungsstaat zu erklären; daher solle auch den europäischen Ambitionen Ankaras die endgültige Absage erteilt, solle die Türkei in Gnaden aus der NATO entlassen werden.

Huntington sieht die Kulturen, verkörpert und geführt durch die jeweilige Vormacht, aufeinanderprallen. Bereits jetzt seien ihre Grenzen Orte der Reibung. Multikulturelle Staaten wie Bosnien, der Sudan, Malaysia oder Indonesien zeigten diese Bruchstellen bis hin zu inneren Kriegen. Trennung sei die einzige friedensstiftende Antwort: Schluß mit dem Multikulturalismus, Schaffung reinkultureller Staaten, Aufhören mit dem Missionieren über die Grenzen hinweg, gelte dies nun der Ausbreitung der eigenen Religion oder auch Errungenschaften wie den Menschenrechten, der Trennung von Staat und Glaube oder der Frauenemanzipation. Nur eine Politik der Abgrenzung, die die interkulturellen Begegnungs- und Reibungsflächen vermindert, könne globale Konfrontationen eindämmen.

## **„Wir gegen Sie“ - kritische Fragen an Huntingtons Theorie**

Diese neue Weltdeutung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts bringt Ordnung in das komplizierte Puzzle unserer heutigen Welt. Einfachheit ist ihr Zweck und ein wichtiger Grund ihrer erfolgreichen Verbreitung. Leider zahlen wir dafür einen hohen Preis: Die Weltdeutung paßt nicht zu unzähligen Details der widerspenstigen Wirklichkeit, die sie ordnen will.

Huntingtons Lesart des Bosnien-Konflikts wirft ein Licht auf seinen Umgang mit der empirischen Wirklichkeit. Laut Huntington verbündeten sich die westlichen Länder mit dem katholischen Kroatien, die orthodoxen Rußland und Griechenland leisteten Serbien Hilfe, die islamische Welt unterstützte die bosnischen Muslime. Tatsächlich sah es aber so aus: Zu Beginn des Konflikts standen das (mehrheitlich protestantische) Deutschland und das gleichfalls protestantische Dänemark für Kroatien, die katholischen Frankreich, Spanien, Italien und das anglikanische England hielten es mit Serbien. Im Verlauf der Kämpfe änderten sich die Sympathien. Der Westen schwenkte unter dem Druck der öffentlichen Meinung zur Unterstützung der bosnischen Muslime über. Schließlich entschloß sich der Westen nach langem Zögern zum militärischen Eingreifen und zum Einsatz von fünfzigtausend Soldaten, um die Reste von multikulturellem Staatswesen und muslimischer Autonomie zu schützen. Rußland beschränkte sich darauf, serbische Interessen minimal zu schützen. Es stimmte bereits zu Anfang den wirtschaftlichen Sanktionen gegen Restjugoslawien zu und verhinderte die Bestrafungsaktionen der NATO nicht. Wäre der Krieg nach dem Schema des „Kulturkampfes“ abgelaufen, so hätten die westlichen und orthodoxen Bündnismächte, die Pläne Milosevics und Tudjmans, Bosnien-Herzegowina zwischen Kroatien und Serbien aufzuteilen, befördern müssen - das wäre ein Beleg für Huntingtons These gewesen. Am schlimmsten schlägt sich das Huntingtons Theorie innewohnende Vorurteil in seiner abschließenden Einschätzung des Krieges nieder: „In Bosnien haben Muslime einen blutigen und verhängnisvollen Krieg mit orthodoxen Serben geführt und auch gegen katholische Kroaten Gewalt ausgeübt“. Hier verkehrt sich das Täter-Opfer-Verhältnis kraß. Aber da Huntington mit dem Vorverständnis vom „blutigen Islam“ an den Krieg herangeht, bleibt die Wahrheit auf der Strecke.

Ausdrücklich knüpft Huntington an der „Theorie des Kalten Krieges“ an, die mit der Aufteilung in die „Freie Welt“ und die „Welt des Kommunismus“ eine einfache klare Orientierung bot. „Wir gegen sie“, so lautete die Devise, und in dieses erfrischend einfache Schema ließen sich alle lästigen Einzelheiten der Weltpolitik einordnen. So soll es auch jetzt sein. „Wenn nicht Zivilisationen - was dann?“ hat Huntington gefragt: Wo sei die Alternative zu seinem Ansatz, die sich anheischig mache, die Welt mit gleicher entwaffnender Einfachheit und dann noch besser zu erklären? Die Suche nach dieser Alternative ist müßig. Es gibt sie nicht. Es besteht auch keine Notwendigkeit, sie zu suchen. An Theorien nach dem „Wir-Sie“-Schema - bei Huntington „The West and the Rest“ - hat die Welt ein großes Repertoire: Fundamentalismus, Sozialdarwinismus, Marxismus-Leninismus, Realismus usw.. Sie alle pflegen ihre Tugend der Einfachheit auf Kosten der Wahrheit. Ihre Anwendung beginnt bei scheinbar überzeugenden Leitsätzen und endet in Rüstungswettlauf, Krieg und Massaker.

## **Globalisierung und die politische Konjunktur kultureller Themen**

In welchem Verhältnis stehen kulturelle - bei Huntington verkürzt religiöse - Faktoren zu globalen Transformationsprozessen?

- Die Modernisierungsprozesse schränken die Selbstbehauptungschancen überkommener Kulturen ein. Modernisierung läßt sich nicht beliebig mit dem von den jeweiligen Kulturen gebrauchten Handwerkszeug bewerkstelligen; sie erfordert bestimmte Praktiken und schließt andere aus. Eine einseitige Anpassung der Modernisierung an die Kultur ist nicht möglich, die Anpassung ist wechselseitig, dadurch verbreitert sich das Gebiet der Gemeinsamkeiten zwischen den Kulturen.
- Die Kommunikation zwischen den Kulturen wird durch die wirtschaftliche und kommunikative Wechselwirkung intensiver und vielfältiger. Dies erleichtert wechselseitige Anpassungsprozesse.

- Die Beziehungen innerhalb und zwischen den Kulturen bewegen sich nicht im luftleeren Raum. Sie sind durch die Dynamiken der internationalen Beziehungen geprägt: durch die Gleichgewichtsprozesse der Staatenwelt, durch die Kooperationszwänge zwischen den an wirtschaftlicher Wohlfahrt orientierten modernen Handelsstaaten, durch die an den Staaten vorbeilaufenden Vernetzungen der Gesellschaftswelt. Diese drei Prozesse leiten in Richtung auf eine Durchdringung, Angleichung und Kommunikation der Kulturen. Es gibt allerdings den gegensätzlichen Effekt: Die Verwerfungen, die die Globalisierung in der Lebenswelt verursachen, treiben die Menschen zu Gegenreaktionen, zur Abgrenzung ihrer Identität gegen das Fremde, Bedrohliche. Diese Reaktion begünstigt die politische Mobilisierung kultureller Themen. Sie erfüllt drei Funktionen bei der Bewältigung einer gesellschaftlich-politischen Krise:
- In Umbruchszeiten hilft sie den einzelnen, ihre Identität zu restabilisieren und sich in einer Lage zu orientieren, in der die Lebenswelt Geborgenheit nicht mehr bieten kann;
- sie unterstützt die Gesellschaft darin, ihre auseinanderstrebenden Glieder zusammenzuhalten und bewahrt sie so im besten Falle vor dem Zerfall (kann aber auch die weitere Polarisierung vorantreiben);
- sie dient den politischen Eliten - denen des Ancien Regime ebenso wie deren Herausforderern - zum Machterhalt bzw. zum Machterwerb.

Der „kulturelle Faktor“ wirkt also in zwei Richtungen, verursacht Anziehung und Abstoßung zwischen den Gesellschaften unterschiedlicher Kulturkreise. In prämodernen Gesellschaften wird sich dies in einer Ausdifferenzierung der politischen Kräfte auswirken: Es gibt

- „verwestlichte“ Modernisierer,
- diejenigen, die die Zukunft in einer Synthese von Eigenem und „Modernem“ sehen;
- eine große, verunsicherte Masse, die möglichst viel Vertrautes bewahren, aber auch möglichst hohe „Modernisierungswohlfahrt“ einfahren will;
- diejenigen, die bei minimalen Korrekturen an der Tradition festhalten möchten;
- die fundamentalistischen Radikalen, die es zurück zu vermeintlich authentischen Ursprüngen zieht und die auch gewaltsam gegen alles Abweichende kämpfen.

Die These vom „Kampf der Kulturen“ beachtet nur den zweiten Typ, den durch die Globalisierung hervorgerufenen Prozesse und starrt nur auf die fundamentalistischen Tendenzen in den betroffenen Gesellschaften; die Theorie wird einseitig. Im folgenden werden - in aller Kürze - die wichtigsten Entwicklungstendenzen für die großen Weltregionen analysiert und die Konsequenzen für ihre Beziehungen zueinander abgeschätzt.

## **Asien - Wohin?**

Die Legende von den „fleißigen Ameisen“ Asiens darf zu den Akten gelegt werden. Die Arbeiter in Südkorea zeigten 1996 im Arbeitskampf, daß sie von der verordneten Sparsamkeit, Niedriglöhnen und Einschränkungen der Koalitionsfreiheit genug haben. In Japan greift die Konsumgesellschaft um sich, das überdisziplinierte Schulsystem steht nach Selbstmorden und Morden Jugendlicher auf dem Prüfstand. In ganz Ost- und Südostasien reißt die wirtschaftliche Entwicklung die Drei-Generationen-Großfamilie, einen Kernbestand der „asiatischen Werte“, auseinander. Die soziale und regionale Differenzierung fordert ihren Preis auch an der „Wertefront“. Die Krise seit Sommer 1997 tut ein Übriges, um den Traum vom „asiatischen Jahrhundert“ zu relativieren.

Der Kontinent wird von drei großen Dynamiken beherrscht:

- Die Logik der Staatenwelt verlangt, den wahrscheinlichsten regionalen Hegemon auszubalancieren: China. Ein Gleichgewicht ist ohne die USA nicht denkbar. Die Logik der Staatenwelt verhindert so den westlich-asiatischen Bruch. Je stärker der Hegemonialwunsch Chinas, desto intensiver wird in Japan, in Südostasien und in Indien der Wunsch sein, „den Westen“, vor allem Amerika,

in Asien präsent zu halten. Je weniger bedrohlich China wirkt, desto gelassener wird ein Abbau des asiatischen Engagements der USA gesehen werden. Ironischerweise wird China um so weniger bedrohlich wirken, je multilateraler und demokratischer, mit anderen Worten: je „westlicher“ es sich entwickelt. Ist dies allerdings die chinesische Zukunft, so wird zwischen der Führungsmacht Asiens und dem „Westen“ kein zivilisatorischer Konflikt zu erwarten sein - das ist die Pointe des Sicherheitsdilemmas!

- Die Logik der Wirtschaftswelt treibt in Richtung auf mehr regionale Kooperation auf wirtschaftlichem und sicherheitspolitischem Gebiet, mit angemessener Teilhabe außerregionaler Staaten. Die Umrisse dieser Zusammenarbeit sind sichtbar. Noch ist ungewiß, wie weit sich China auf diese Logik einlassen möchte. Bezeichnend ist das Bestreben der meisten asiatischen Staaten im ASEAN Regional Forum und in APEC, die USA und andere westliche Länder im Kooperationsverbund zu halten. Das malaysische Projekt einer separaten asiatischen Organisation scheint dagegen keine Chance zu haben: Asien versucht die Gleichgewichtspolitik und die institutionalisierte Kooperation zu verbinden.
- Wohin die Logik der Gesellschaftswelt, die innere Entwicklung der asiatischen Länder, treibt, ist am unsichersten. In den Gesellschaften, bis in die Volksrepublik China hinein, hat die Modernisierung den Wunsch nach mehr Bewegungsspielraum und Partizipation hervorgerufen. In den Philippinen, in Thailand, Südkorea und Taiwan bestehen junge, noch unsichere Demokratien. Die viel diskutierten „asiatischen Werte“ sind keineswegs organische Produkte der Gesellschaften, sondern Kunstwerke der Führungseliten, die mit Hilfe einer einheimischen Ideologie ihre fragmentierten und zunehmend anspruchsvolleren Gesellschaften im Griff behalten wollen.

Die erste Möglichkeit für die weitere Entwicklung besteht im allmählichen Siegeszug einer - wie immer „asiatisch“ geprägten - Demokratie. Den gesellschaftlichen Verwerfungen wäre damit ein Ventil geöffnet, die angeblich stärkere Autoritätsbedürftigkeit könnte sich durch eine starke Präsidentschaft oder auch durch straffe Parteioorganisationen verwirklichen. Die zweite Möglichkeit ist wachsende Repression: Ein Teil der aufstrebenden Schichten wird von den politischen Eliten kooptiert. Alle Versuche breiterer Teilhabe am politischen Leben, der Anspruch auf Respektierung privater und bürgerlicher Rechte, werden rücksichtslos unterdrückt. In diesem Szenario wären Wachstum und Stabilität in Asien von kurzer Dauer gewesen. Solche Gesellschaften sind instabil und auf Dauer unattraktiv für auswärtige Investoren: Die mögen totalitäre und autoritäre Regierungen nur solange, wie die Friedhofsruhe gewahrt bleibt; dazu sind die asiatischen Gesellschaften jedoch bereits zu differenziert und unkontrollierbar. Die dritte Möglichkeit ist die gesellschaftliche Formierung unter dem Banner eines aggressiven und autoritären Nationalismus. Dies steht den meisten Gesellschaften Südostasiens wohl kaum offen, allerdings Ländern wie Indien, Korea, Japan, vielleicht Vietnam und vor allem China.

Der Nationalismus ist die brisanteste, gewaltträchtigste Ideologie in Asien. Er führt allerdings nicht zu einem Kampf der Kulturen, sondern in ein asiatisches 1914: in einen Kontinentalbrand mit auswärtiger Inmischung. Es ist zu hoffen, daß Asien diesem Szenario entgeht und sich auf zwei „westliche“ Vorbilder konzentriert: auf Multilateralismus und Demokratisierung.

## **Die islamische Welt: Auf der Suche nach dem Modernisierungserfolg**

Den islamischen Ländern, Opfer eines besonders hartnäckigen und ausbeuterischen Kolonialismus, ist überwiegend der Modernisierungserfolg versagt geblieben. Ihre wirtschaftliche Entwicklung weist Brüche auf, auch die ölproduzierenden Staaten haben ihren Vorteil nicht nutzen können. Archaische Herrschaftsformen und abstoßende Tyrannen haben die Ausbildung einer selbstbewußten Bürgerklasse verhindert. Die Kolonialmächte haben Ansätze zur selbständigen Nationalstaatsentwicklung im Keim erstickt, das Trauma der Teilung Palästinas im Jahre 1948 hat die liberale Entwicklung der ersten Jahrzehnte arabischer Selbständigkeit diskreditiert. Der Nahostkonflikt hat versagenden Regierungen ein billiges Instrument der Entlastung geboten.

Dennoch ist es falsch, von der islamischen Welt als einem bedrohlich überkochenden Einheitsbrei zu sprechen. Sie ist differenziert, gespalten und von Rivalitäten der führenden Staaten geprägt. Im

Golfkrieg kämpften Ägypten, Syrien, Marokko mit den Golfstaaten gegen den „arabischen Bruder“ Irak. Kein plausibles Szenario kann entworfen werden, das eine Vereinheitlichung dieses Mosaiks in Aussicht stellt. Auch die internationalen Organisationen - Arabische Liga, Islamische Konferenz - sind schwach ausgeprägt, andere Organisationen dienen lediglich den Interessen des jeweiligen Führungsstaates. Die als Gegengewicht zur G-8 vom früheren türkischen Premier Erbakan inszenierte moslemische Wirtschaftskooperation hat wenig Entfaltungsaussichten. Der Golf der konservativen arabischen Monarchien ist eine typische Sicherheitsallianz von Staaten, die sich notgedrungen zur gemeinsamen Verteidigung zusammenschließen müssen, einander ansonsten aber nicht wohlgesonnen sind.

Im Islam wird es keinen Kernstaat geben. Die Geschichte zeigt, daß sich diese riesige, heterogene Region unter keine einheitliche Herrschaft beugt. Wo es zu einer vorübergehenden Dominanz kam -im Jahrhundert nach dem Wirken des Propheten, unter der Abassidendynastie und während der Osmanenherrschaft, - war die Einheit entweder rein nominell oder bestimmte Regionen waren gar bereits selbständig. In allen Fällen stellte sich die Einheit nicht durch kulturellen Gleichklang, sondern durch militärische Eroberung her. Auch heute könnte nur Gewalt die Vielfalt der islamischen Welt mit ihren ethnischen Sonderungen, konfessionellen und sektiererischen Gegensätzen unter eine Herrschaft zwingen. Die zwischenstaatlichen Konflikte und Rivalitäten - in Nordafrika, im Nahen Osten, auf der arabischen Halbinsel, am Persischen Golf, in Zentralasien, in der arabischen und in der gesamten islamischen Welt - sind Legion. Heute springen externe Mächte ein, um ein gestörtes Gleichgewicht wiederherzustellen, moderne Militärtechnik macht Eroberungskriege unvergleichlich verlustreich. Militärisch läßt sich die politische Einheit des Islam nicht mehr erzwingen.

Auch der Fundamentalismus kann das nicht schaffen. Der Grund liegt in der besonderen Bedeutung sakral legitimierter Herrschaft innerhalb einer einzigen Buchreligion. Der Fundamentalismus leitet seine politische Mission aus der Herstellung einer Herrschaft ab, die auf einer reinen, ursprünglichen und deshalb nicht disputationsoffenen Offenbarung beruht. Unter mehreren islamistischen Staaten ergibt die gleiche Legitimitätsgrundlage wegen ihres totalen Absolutheitsanspruchs bei geringstmöglichen Abweichungen erbitterte Feindschaft. Denn die Existenz eines islamischen Gottes-Staates, der auf einer abweichenden Interpretation gegründet ist, stellt alle anderen islamistischen Staaten in Frage und muß als Ketzerei gebrandmarkt und bekämpft werden. Der politische Fundamentalismus bringt als Grundgesetz seiner Verbreitung das Schisma mit sich, die Religionsspaltung.

Die Gesellschaften weisen keinen einheitlichen Trend auf. Angesichts der Verwerfungen durch den Einbruch der Modernität, angesichts der politischen Frustrationen der letzten hundert Jahre ist eine kräftige fundamentalistische Bewegung keineswegs überraschend. Sie dominiert jedoch nicht. In den islamischen Gesellschaften finden sich die modernistischen Anpasser, die gemäßigten Modernisten, die opportunistischen Traditionalisten, die islamischen Traditionalisten und die Fundamentalisten in unterschiedlichen Mischungsverhältnissen. Ein durchgehender Trend für Mehrheiten der Fundamentalisten ist nicht auszumachen. Im Gegenteil, die Ernüchterung über die Mißerfolge der iranischen Revolution und die unvermeidbaren Aktionen der Radikalfundamentalisten in Ägypten oder Algerien wirken eher als Bremse auf ein Ausbreiten der Bewegung.

Der fundamentalistische Versuch, mit Hilfe einer hunderte von Jahren alten Religion die Probleme der Modernisierung zu lösen, ist zum Scheitern verdammt. Die „halbe Moderne“, d.h. die Aneignung der neuesten Technik unter Verzicht auf die entsprechenden gesellschaftlichen Institutionen, in die die Technik eingebettet ist, ist nicht zu haben. Technik läßt sich nicht beliebig verpflanzen. Sie ist an gesellschaftliche Praxis gekoppelt, die ihrerseits durch Institutionen abgesichert werden muß. Wettbewerb verlangt nach einem Mindestmaß an Freiheit. Vorbei sind die Zeiten, in denen ein totalitärer Zentralstaat mit den Schlüsselsektoren Eisenbahn, Stahl, Elektrizität die Modernisierung erzwingen konnte.

Moderne Kommunikation verursacht eine Dezentralisierung von Informationsströmen. Dem stehen die Vorschriften der orthodoxen islamischen Lehre im Weg; nur ein reformierter, modernisierter Islam wird damit umgehen können. Das fundamentalistische Experiment scheitert daran, daß sein Versprechen auf wirtschaftlichen Erfolg nicht eingelöst werden kann. Erfolglosigkeit macht den Mangel an Freiheit jedoch um so unerträglicher. Die Begeisterung für das islamische Experiment verblaßt innerhalb einer Generation. Der Iran zeigt Zeichen dieser Zerfallsdynamik.

Was die islamische Welt braucht, ist ein Modernisierungserfolg. Er wird nur unter gemäßigten Vorzeichen zu erringen sein. Der Westen hat ein massives Interesse an diesem Erfolg. Dieses Interesse wird jedoch aufgrund von Vorurteilen und der Verfolgung vordergründiger wirtschaftlicher und politischer Belange nicht wahrgenommen.

## **Wohin gehört Rußland?**

Rußland, bei Huntington die Zentrale der „orthodoxen“ Zivilisation, steht unter einem Schock. Für kein anderes Land war der Übergang vom Alten ins Neue derart traumatisch. Heute finden sich dort krassste Gegensätze: ein blühender Raub- und Manchester-Kapitalismus mit einem fließenden Übergang zwischen ehrbaren Unternehmern und kriminellen Mafioten, einer wachsenden Klasse von erfolgreichen Neureichen, daneben das Elend der Armen, besonders der Rentnergeneration, schließlich das Überleben der überkommenen sowjetischen Bürokratie- und Machtstrukturen.

Einige Anzeichen sprechen dafür, daß das tiefste Tal der wirtschaftlichen Krise durchlaufen und eine Erholung in Sichtweite ist. Diese positive Entwicklung nutzt auf absehbare Zeit jedoch nur Minderheiten. Auch die Verwaltung könnte durch erhöhte Steuereinnahmen weniger chaotisch und erfolgreicher arbeiten. Bis der Umbau der Gesellschaft aber für die große Mehrheit greifbare Erfolge bringt, wird es noch lange dauern.

Wie reagiert die Gesellschaft auf diese Erfahrungen? Zwar erhält die orthodoxe Kirche Zulauf, auch das Sektenwesen blüht, jedoch betrifft dies nicht die Mehrheit. Die Mehrzahl der Menschen scheint mehr mit den Überlebensnotwendigkeiten des Alltags beschäftigt. Dadurch gewinnen die Debatten in der politischen Elite einen abgehobenen Charakter. Dort streiten sich prowestliche Liberalisierer wie Gaidar oder Nemzow mit Zentristen vom Schlage eines Tschernomyrdin, mit dem sie verbündet sind. Dagegen stehen die Kommunisten und die Nationalisten. Die Sjuganows wollen halb zurück in die alte Sowjetunion. Die Schirinowskis wollen vor allem einen starken Staat, welche Gesellschaft sie wünschen, bleibt unklar. Daneben gibt es die klassischen Träume von einer eurasischen Brücke zwischen dem Westen und Asien, einem russischen Sonderweg und die klerikal-panslawischen Phantasien eines Solschenizin, der zurück in die Epoche vor 1917 möchte. Letztlich bieten die Reformer - bei allen Härten des Weges - das einzige klare Programm, das Rußland aus der Misere herausbringen kann. Daß die Anlehnung an den Westen Rußland die Aura der Weltmacht rauben würde, ist das psychologisch schwer zu bewältigende Problem ihrer Strategie.

Huntingtons Beschreibung einer um Rußland kreisenden orthodoxen Welt ist eine Karikatur. Rumänien und Bulgarien haben nach einer Übergangszeit, in der die alte Nomenklatura noch die Fäden zog, gesellschaftliche und politische Reformen vorgenommen. Diese jungen Demokratien tragen immer energischer ihren Anspruch auf Aufnahme in die westlichen Organisationen vor. Die Ukraine weiß, daß sie diesen Sprung in absehbarer Zeit nicht schaffen kann. Sie hat es verstanden, die Brennpunkte möglicher Konflikte mit Rußland (Krim, Schwarzmeerflotte, Nukleararsenal) halbwegs einvernehmlich zu regeln. Ansonsten ist die ukrainische Regierung auf Distanz zu Moskau und auf Nähe zum Westen bedacht. Auch Moldavia steuert einen vorsichtigen Kurs der Konfliktvermeidung mit Moskau und der Nähe mit dem verwandten Rumänien. Georgien hat sich nur widerwillig in die GUS hineinziehen lassen und pflegt seine westlichen Kontakte mit Inbrunst. Auf dem Balkan zeigt sich die Brüchigkeit der „orthodoxen“ Welt in dem Konfliktquadrat Serbien-Mazedonien-Griechenland-Bulgarien. Innerhalb der Orthodoxie drängen lediglich Belarus und Serbien Rußland ihre Sympathien auf, und diese antiquierten, erfolglosen Sackgassen-Regimes sind genau nicht die Freunde, die Rußland braucht.

Die „orthodoxe Zivilisation“ ist ein Phantasieprodukt. Der größere Teil der Länder mit einer orthodox-christlichen Tradition strebt dem Westen zu. Für Rußlands Entwicklung dürfte der gleiche Weg die einzige erfolversprechende Strategie sein. Wendet Rußland sich vom Westen ab, so wird dies nicht unter kulturellen Vorzeichen geschehen, sondern unter denen des Nationalstaats des 19. Jahrhunderts. Sollte Rußland diesen Weg - entgegen seinen eigentlichen Interessen - einschlagen, so wird es einsam bleiben, ohne eine „orthodoxe Gefolgschaft“.

## **Westen, quo vadis?**

Die in der islamischen und asiatischen Kulturkritik am Westen behauptete gesellschaftliche Krise ist real und sollte nicht im Lichte eines kulturellen Überlegenheitskomplexes verniedlicht werden. Sie schlägt sich in einer Entsolidarisierung der westlichen Gesellschaften und dem Verfall des Menschenbilds der Aufklärung und des jüngeren Christentums - des mit unveräußerlicher Würde begabten Individualwesens - nieder. Seinen politischen Niederschlag findet dieses Syndrom darin, daß die Reform des Sozialstaats durch dessen Zerstörung verdrängt werden soll, während gleichzeitig extreme Klientelpolitik weiterblüht. Partei- und Demokratieverdrossenheit sind die Folge. Die von der Globalisierung erzeugten sozialen Verwerfungen bieten sich zusehends der Kanalisierung in den politischen Extremismus an. Sind die Folgen der Wirtschaftskrise von 1929 wirklich vergessen?

Zum Glück sind Demokratie und Menschenrechte immer noch tief verwurzelt. Ein Ersatz für das Projekt der Moderne, das sich in der politischen Kultur des Westens verwirklicht, steht nicht bereit. Sich darauf rückzubedenken, die gesellschaftliche Solidarität wiederzubeleben, gegen relativistische und fundamentalistische Anfechtungen dieses Projekt zu verteidigen, ist die Mission des Westens - allerdings handelt es sich ebenso sehr um eine „innere“ wie um eine „äußere Mission“.

Am progressivsten hat der Westen seine internationalen Beziehungen entwickelt. Der moderne Handelsstaat, verkörpert in Japan und Deutschland, Australien, Kanada, den skandinavischen Ländern und den Niederlanden, strebt nicht vorrangig nach Macht, sondern nach wirtschaftlicher Wohlfahrt. Er verfolgt ein Interesse an der Durchsetzung von internationalem Recht und betrachtet das Vorhalten militärischer Gewaltmittel als „Bürgerpflicht“ gegenüber Internationalen Organisationen als den Wächtern des Völkerrechts.

Zwischen den Gesellschaften und Wirtschaften des Westens wachsen die Interdependenzen. Nationale Politiken sind zusehends schwerer zu verwirklichen, auch wenn das einzusehen eingefleischten Nationalisten schwer fällt. Zunehmende Kooperation in multilateralen Verträgen, Regimen, internationalen Organisationen ist zu verzeichnen. Staatliches Handeln wird schrittweise international vereinbarten Regeln unterworfen. Souveränität ändert ihren Charakter. In der globalen Ausdehnung dieser Praxis liegt die wohl größte Hoffnung für den Weltfrieden.

## **Rußland, China und der Islam: Keine antiwestliche Verschwörung in Sicht**

Das Verhältnis zwischen dem Westen und Rußland bleibt ambivalent. Sein Anspruch auf die Weltmachtrolle bringt einen gewissen Gegensatz zum Westen, vor allem zu den USA hervor. Will Rußland seine Weltmachtrolle demonstrieren, so kann es nicht umhin, wenigstens begrenzte Konflikte mit den USA auszutragen, um Dritten gegenüber seine Selbständigkeit deutlich zu machen. Die NATO-Erweiterung fördert diese Tendenz, ebenso der Devisenbedarf Moskaus, zu dessen Deckung Rüstungsexporte einen wachsenden Beitrag leisten werden; das wird den USA sicher oft nicht gefallen.

Eine dauerhafte Koalition Rußlands mit China ist wenig wahrscheinlich. Betrachten wir dieses Verhältnis zunächst unter der Voraussetzung, daß Rußland seinen Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft fortsetzen wird und China in einem gemäßigten Autoritarismus verharrt und seine Volkswirtschaft und seinen Außenhandel in höherem Maße staatlich lenkt. Rußland wird weiterhin den Westen als Partner seiner wirtschaftlichen Entwicklung benötigen, dessen kombiniertes Potential dem Chinas für geraume Weile überlegen bleiben wird. Rußland wird desweiteren eine höhere institutionelle Nähe zum Westen bewahren und weiter entwickeln. Ein autoritäres China bleibt eine potentielle Bedrohung für Moskau. Dazu tragen die geostrategische Nachbarschaft, die demographische Entwicklung und die Migration bei. Mehr als begrenzte Konflikte mit dem Westen, mehr als ein punktuelles Zusammengehen mit China wird in diesem Szenario nicht „drin“ sein.

Nehmen wir nun an, Rußland entwickelt sich zurück in ein System „braun-roter“ Diktatur. Eine Restaurierung autoritärer Herrschaft unter akzentuiert nationalistischen Vorzeichen müßte Beijing als sehr bedrohlich erscheinen. Für Moskau würde die chinesische Herausforderung in Sibirien und Zentralasien zu einer fundamentalen geopolitischen Bedrohung. Die Dynamik der Staatenwelt käme zur

vollen Entfaltung. Der Westen, vor allem die USA, hätten wieder eine Position wie zu Zeiten des Kalten Krieges: die Spitze des Machtdreiecks, d.h. sie wären der begehrte Bündnispartner für jeden der beiden Kontrahenten.

Wie wäre es, wenn Rußland in eine Diktatur zurückfiele, China sich im Zuge seiner Modernisierung aber demokratisieren würde? In diesem Falle würden die Gegensätze zwischen China und dem Westen entschärft, eine engere Vernetzung würde sich ergeben, und Chinas Führungsposition in seiner Region würde eher annehmbar. Umgekehrt ist anzunehmen, daß sich die chinesisch-russischen Gegensätze bestenfalls in einer Art Entspannungspolitik dämpfen ließen. Eine sicherheitspolitische Kooperation Chinas mit dem Westen wäre wahrscheinlich.

Die Demokratisierung und wirtschaftliche Entwicklung beider Giganten wäre die beste Voraussetzung einer engen Verzahnung ihrer Interessen. Die Dynamik der Staatenwelt käme zum Stillstand, die von Wirtschafts- und Gesellschaftswelt könnte sich entfalten. Wirtschaftliche und transnationale Vernetzung hilft in dieser Situation dazu, das Sicherheitsdilemma zwischen Rußland und China zu entschärfen. Zugleich würden aber die Widersprüche zum Westen aufgehoben. Die Chancen für die Einrichtung einer Sicherheitsgemeinschaft, die drei Kontinente übergreifen würde, wären exzellent.

In keiner Konstellation ist eine strategische antiwestliche Koalition zwischen Rußland und China plausibel, wenn auch punktuelle „Nadelstichbündnisse“ nicht auszuschließen sind. Nicht anders verhält es sich mit Rußland und der „islamischen Welt“. Wir haben festgestellt, daß die politischen Strukturen der islamischen Region eine einheitliche Blockbildung ausschließen. Rußland wird allenfalls die Chance haben, mit regionalen Untergruppen (Iran und Klientel, Ägypten und Klientel etc.) antiwestliche Verbindungen einzugehen. Deren Reichweite wird davon entschieden, wie Rußland und seine islamischen Partner mit dem Problem der muslimischen Minderheiten in Rußland umgehen. Auch wird die Innigkeit der Beziehungen begrenzt durch die Hegemonialansprüche Moskaus in seinen Randregionen, darunter in Zentralasien und im Kaukasus. Diese Ansprüche sind nur teilweise in Kooperation mit den Führungs-Aspiranten der islamischen Welt einzulösen, sie führen unweigerlich in einen Wettbewerb mit ihnen. Dieser Wettbewerb wird um so schärfer, je nationalistischer Moskau seine Politik verfolgt. Je undemokratischer und antiwestlicher Rußland sich entwickelt, desto entschlossener wird es auch seine Hegemonialziele an der Peripherie artikulieren. Wieder können wir zu der Folgerung gelangen: Je weiter sich Rußland vom Westen entfernt, desto konfliktreicher werden auch seine Beziehungen zur islamischen Peripherie sein. Je mehr die russischen Interessen mit dem Westen übereinstimmen, desto abwegiger wird Moskau eine russisch-islamische Allianz erscheinen.

## **Die konfuzianisch-islamische Allianz: Eine Chimäre**

In Asien haben wir es mit vier Parteien zu tun, die weltpolitisch von Bedeutung sind: mit China, Japan, Indien und der ASEAN, wenn letztere sich schrittweise stärker integriert. Diese Konstellation eignet sich für eine einheitliche Blockbildung nicht; die potentielle Hegemonialstellung Chinas treibt die anderen Regionalmächte in Gleichgewichtscoalitionen mit externen Akteuren - namentlich den Vereinigten Staaten; je milder Chinas Politik ausfällt, desto weniger wird sich diese Allianzbildung abzeichnen, desto unbelasteter werden jedoch auch die Beziehungen zwischen den westlichen Ländern und Beijing ausfallen.

Damit bleibt noch das größte Schreckgespenst des „Kampfes der Kulturen“ zu besprechen: Die Allianz von Mohammed und Dschingis Khan, die islamisch-konfuzianische Waffenbrüderschaft, also die Kombination der in der westlichen Geschichte verwurzelten Urängste gegen die „Einbrüche aus den Steppen Asiens“ und das „Schwert des Propheten“.

Beide Blöcke sind in sich gespalten. Das Ausmaß dieser Spaltungen ist nicht unabhängig voneinander und nicht ohne Wirkung auf die Chancen kultur-übergreifender Zusammenschlüsse: Je energischer innerhalb der islamischen Welt eine Macht die Führungsposition beansprucht und in den Randgebieten des Islam, wie in Südostasien, missioniert, desto eher werden die dortigen Regierungen eine Trennlinie zwischen sich und den islamischen Fundamentalismus ziehen. Tradierte Elemente werden als Zugeständnis an die religiös empfindenden Bevölkerungsteile stärker betont werden. Gemäßigte Islamisten werden vielleicht sogar an der Macht beteiligt, der radikale Fundamentalismus jedoch um so

schärfer bekämpft. Ein Bündnis Chinas mit einer Mächtegr-Vormacht im Islam würde das Interesse dieser Länder Südasiens, noch mehr aber das der nicht-islamischen Staaten, an einem Bündnis mit externen Mächten noch stärken, um die doppelte Bedrohung auszubalancieren. Die Spaltung des „konfuzianischen“ Blockes würde vertieft.

Ein ähnlicher Prozeß ist in der islamischen Welt zu erwarten. Das auf Machtzuwachs ausgerichtete Bündnis eines islamischen Staates mit China verstärkt die doppelte Bedrohung von innen und von außen, die alle nicht-radikal islamistischen Regierungen empfinden werden. Sogar islamistische Länder, in denen eine andere theologische Richtung als diejenige von Chinas Bündnispartner herrscht, wären gefährdet. Wäre etwa der Iran mit China verbunden, so wären Saudi-Arabien, die Türkei und Ägypten veranlaßt, sich nach Hilfe umzusehen. Anstelle eines Blocks zweier dem Westen feindlich gesinnter Zivilisationen stehen dem Westen in dieser Konstellation zwei zutiefst gespaltene Regionen gegenüber. In beiden bieten sich besorgte Staaten bereitwillig als „Brückenköpfe“ an. Denn ihre eigene Stabilität, ja ihre Existenz ist in dieser Konstellation dramatisch gefährdet.

In Zentralasien stößt die chinesische Einflußpolitik auf die Interessen rivalisierender islamischer Mächte (Pakistan, Iran, Türkei, Saudi-Arabien) und auf Rußland. Eine Fundamentalisierung dieser Region ist nicht im chinesischen Interesse, da sie auf die angrenzenden Gebiete Chinas übergreifen könnte, in denen moslemische Minderheiten überwiegen. China ist in dieser Region darauf angewiesen, gemäßigte, säkulare Regierungen zu hofieren. Außerdem muß es eher diejenigen moslemischen Einflußmächte unterstützen, die - wie die Türkei - einer verweltlichten Staatsideologie huldigen. Die Möglichkeiten einer Bündnispolitik mit einer islamisch-fundamentalistischen Macht werden hierdurch begrenzt.

Mohammed und Dschingis Khan - ihr Zusammengehen bleibt eine Chimäre. Der Islam wird pluralistisch bleiben, ebenso Asien. Antiwestliche Bündnisse zwischen ihnen werden ad-hoc vergänglich sein; in Krisenzeiten mag eine ad-hoc-Allianz bedrohlich erscheinen, aber eine andauernde weltpolitische Formation wird daraus nicht.

## **Leitlinien der Weltpolitik im 21. Jahrhundert**

*Erstens:* Die Modernisierungskrise in manchen Ländern den religiöse Fundamentalismus obsiegen lassen. Als Folge werden autoritäre, auch totalitäre Regime entstehen, die danach streben werden, die eigene Staats-Ideologie auch mit gewaltsamen Mitteln nach außen auszubreiten. Angesichts des Flickenteppichs von Territorialstaaten und teilweise die Grenzen überlappenden Völkerschaften ist diese Bewegung - erzwungener Anschluß und gewaltsam durchgesetzte hegemoniale Herrschaft - der einzige Modus, der die von Huntington vorausgesagten Kulturblöcke hervorbringen könnte.

*Zweitens:* Diese Politik ruft jedoch innerhalb des eigenen Kulturkreises Gegenkräfte hervor. All diese Regionen sind territorialstaatlich organisiert. Regierungen lassen sich ungern von ihren „bösen Nachbarn“ aus den Angeln heben. Gruppen, die sich als Stamm, Volk oder Nation verstehen, wünschen nicht unter Fremdherrschaft zu geraten, auch wenn diese mit der Weihe einer gemeinsamen Religion auftritt. Die Kulturkreise werden damit noch tiefer gespalten.

*Drittens:* Je stärker der Fundamentalismus in einigen Ländern Fuß faßt und je energischer die dortigen Regierungen nach Hegemonie in den jeweiligen Kulturkreisen streben, desto größer wird automatisch die Bedrohung für seine nicht gefolgschaftswilligen Nachbarn. Die Herausforderung ihre Souveränität und ihr Gewaltmonopol ruft die Staatsgewalt zur Gegenwehr hervor: Repression, Rüstung und Bündnisbildung, Verteidigung und Gleichgewichtspolitik sind die Reaktionen.

*Viertens:* Das Bündnis mit der externen Macht wird der Unterwerfung unter den Nachbarn vorgezogen werden. Der Westen, der zwar normative Vorstellungen vor sich her trägt, aber keinen territorialen Ausdehnungs-Ehrgeiz aufweist, ist als „kleineres Übel“ ein geeigneter Koalitionspartner. Je schärfer die Gefahr der Hegemonie innerhalb eines Kulturkreises, desto größer ist auch der Anreiz für die westlichen Mächte, den Sirenengesängen des Isolationismus zu widerstehen und das Gleichgewicht auch in fernen Regionen zu wahren; denn die Vorstellung, eine feindliche Macht könne die Gegenkusten Asiens oder den persischen Golf beherrschen, dürfte ausreichen, um den politischen Willen im

Westen für eine Gleichgewichtspolitik zu mobilisieren. Eine Welt kultureller Hegemonialansprüche wird in vieler Hinsicht der Welt des Kalten Krieges gleichen: Bündnisbeziehungen werden quer durch die Regionen bestehen.

*Fünftens:* Umgekehrt wird der Gegensatz zwischen den Ländern aus nichtwestlichen Kulturen und dem Westen sich um so mehr abschwächen, je stärker die Kräfte der Wirtschafts- und Gesellschaftswelt zur Entfaltung kommen. Nur wenn das der Fall ist, werden sich die Länder, die zu einer Kultur gehören, auch untereinander enger integrieren können. Nur dann kann etwas entstehen, das entfernt den „Kulturblöcken“ ähnelt. Diese regionalen Verdichtungen stehen jedoch nicht im Gegensatz zu anderen Kulturen, sondern gleichen Knoten in einem globalen Gesamtnetzwerk, in dem auch die Verbindungsstränge zu außerkulturellen Gesellschaften und Ländern wachsen. Die Voraussetzung hierfür ist eine Emanzipation der Gesellschaft und der Wirtschaft von ihren politischen Systemen, also eine Dezentralisierung, Pluralisierung und Demokratisierung, die mit Fundamentalismus und starr hierarchisch-konfuzianischer Herrschaft nicht zu vereinen ist. Die Bildung „zivilisatorischer Blöcke“ wird also nur dann begünstigt, wenn Reformkoalitionen westliche Politik- und Gesellschaftsmodelle mit den Traditionen der jeweils eigenen Kultur verbinden. Mit solchen Reformprozessen verringert sich jedoch die kulturelle Distanz zum Westen, und der „Kampf der Kulturen“ rückt in weite Ferne. Anstelle von politisch-militärischem Antagonismus tritt das Zusammenspiel von wirtschaftlichem Wettbewerb und wirtschaftlicher Kooperation.

*Sechstens:* In dieser Konstellation werden sich Verbindungen zwischen den Kulturen verdichten. Sie setzt nämlich gesellschaftliche Kräfte frei, die unbeeinflusst von der Politik den Dialog vorantreiben. Diese Verbindungen zwischen den Gesellschaftswelten werden aus einer Mischung von Konflikt und Gemeinsamkeit bestehen. Transnationale Bewegungen werden sich bilden. Die Schnittmenge gemeinsamer Werte wird wachsen.

Daß der „Westen“ sich konsolidiert, ist von entscheidender Wichtigkeit. Nur ein selbstbewußter, aber auch für die Probleme der anderen Regionen sensibler Westen kann zugleich dialogfähig und tolerant, aber auch, wo nötig, fest und verteidigungsbereit sein. Im Gegensatz zu der postmodernistischen Entschuldigung für „westlichen Kulturimperialismus“ ist es gerechtfertigt, die Ideen der Menschenrechte und der Demokratie nach außen zu vertreten; dabei gilt es jedoch, offen zu sein für Impulse der Gemeinschaftlichkeit und der Re-Solidarisierung, die auch unseren eigenen Gesellschaften dringend brauchen: Dialog, nicht Kampf der Kulturen verspricht Erfolg für die Zukunft.